

# Die Politische Gesellschaft und die Konturen einer kritischen Politikwissenschaft:

Ein nachdenklicher Blick auf Michael Th. Grevens Nachlass

Friedbert W. Rüb\*

Am 7. Juli 2012 ist Michael Th. Greven für seine Familie, seine Freunde und seine KollegInnen unfassbar plötzlich verstorben. Mit nur 65 Jahren ist er nicht nur viel zu früh aus dem Leben geschieden, sondern auch völlig grundlos in der Nacht nach seinem Abschiedskolloquium an der Universität Hamburg am Abend des 6. Juli.

Seine letzte Publikation erschien – wie es der Zufall wollte – in dieser Zeitschrift (2011a<sup>1</sup>), in der nun auch dieser Nachruf erscheint. Mit dem Abdruck des Schlusskapitel seines letzten Buches *Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre* (2011b) hat er nicht nur eine Diskussion und scharfe Kritik in der Politikwissenschaft ausgelöst (vgl. etwa Malowitz 2009; Schaal/Neumann 2011;), sondern es schließt sich in gewisser Weise ein Kreis. Denn diese Publikation endet – etwas im Gegensatz zu seinen sonstigen theoretischen Prämissen – erstaunlich pessimistisch mit der Folgerung, dass erfolgreiche Systemopposition nicht mehr möglich ist. Veränderungen der Verteilungs- und Gerechtigkeitsstrukturen moderner politischer Gesellschaften sind nur noch – wenn überhaupt – innerhalb des kapitalistischen Systems denkbar. „Der revolutionäre Traum ihrer Verwirklichung durch menschliche Praxis, durch einen Systemwechsel, ist geschichtlich ausgeträumt.“ (2011b: 282) *Regimewechsel* – also Wechsel auf der Ebene der politischen Institutionen von der Diktatur zur Demokratie (und auch zurück) – sind weiterhin denkbar und politisch möglich, während sich *Systemwechsel* – also Transformationen der gesamten Gesellschaftsstruktur, einschließlich des ökonomischen Systems – in der globalisierten Welt grundsätzlich nicht mehr realisieren lassen. Erstaunlich unreflektiert bleiben hier die Systemwechsel in den Mittel- und osteuropäischen Ländern, in denen – revolutionär oder nicht, sei dahingestellt – Systemwechsel stattgefunden haben, die alle Dimensionen der Gesellschaft, vor allem aber die Ökonomie, erfasst haben und weitgehend erfolgreich waren.

---

\* Prof. Dr. Friedbert W. Rüb, Humboldt-Universität zu Berlin  
Kontakt: friedbert.rueb@sowi.hu-berlin.de

1 Alle Literaturangaben ohne Namensnennung sind Schriften von Michael Th. Greven, die im Literaturverzeichnis entsprechend aufgeführt sind. Eine vollständige Liste seiner Publikationen findet sich in seiner Festschrift zum 65. Geburtstag (Asbach et al. 2012). Dort sind auch Auseinandersetzungen mit den zentralen Prämissen seines wissenschaftlichen Werkes zu finden.

Von seinen ersten, zum Teil noch marxistisch inspirierten und Systemveränderungen anhängenden Schriften bis zu dieser, Systemwechsel nun prinzipiell ablehnenden, Schrift sind immerhin fast 40 Jahre vergangen. Aber nach der Beschäftigung mit dem politischen Denken der 1968er ist er in gewisser Weise geläutert: Er schließt eine (sozialistische) Revolution als kontingente Möglichkeit der geschichtlichen Entwicklung, die er zu Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn sowohl theoretisch als auch praktisch für möglich erachtet hatte, nun als unrealistischen Traum, als gefährliche Utopie vollständig aus. „Mit dem Wandel zur politischen Gesellschaft sind die Voraussetzungen dieses historischen Paradigmas von intentional herbeizuführender und zu steuernder Revolution und Systemveränderung entfallen.“ (2011b: 280)

Begründet wird dies mit der Struktur der politischen Gesellschaft, die sich heute auf globaler Ebene als Weltgesellschaft darstellt, deren Dynamik sich in einem undurchschaubaren und netzwerkartig strukturierten Gewebe vollzieht, das sich nach einer ihm eigenen Logik entwickelt, aber nicht mehr intentional gestaltet und politisch gesteuert werden kann. Die Revolutionsmythologie (oder auch Revolutionsmystik) setzt in der Regel geschlossene Nationalstaatlichkeit voraus, die dem menschlichen Zugriff offensteht und in ihrer Gesamtentwicklung durch politische Entscheidungen gestaltet werden kann. Die globalen ‚Systeme‘ dagegen sind verselbständigt und operieren in ihrer eigenen evolutionären Logik, was revolutionäre Umgestaltungen ausschließt (2011b: 280). Damit sind aber auch die Voraussetzungen für eine Demokratisierung der globalen Strukturen mehr oder weniger entfallen.

Das gesamte wissenschaftliche Werk umfassend zu würdigen ist fast unmöglich. Zu breit und zu vielfältig sind seine wissenschaftlichen und politischen Interessen. Sie reichen von der permanenten Auseinandersetzung mit der Luhmannschen und nicht Luhmannschen Systemtheorie (1974a; 1974 b; 1981; 1987b) über eine Kritik der verständigungsorientierten Paradigmen der Frankfurter Schule, insbesondere der Theorie von Jürgen Habermas (1987b; 2005b) bis hin zur Parteien- und Demokratietheorie – um nur die wichtigsten zu nennen.<sup>2</sup> Und zu fragwürdig der Versuch, aus einem hinterlassenen Werk so etwas wie ein Vermächtnis, oder ein Grundparadigma oder gar eine Aufgabe herauszulesen. Dennoch soll der (ebenso fragwürdige) Versuch gewagt werden, durch radikale Vereinfachung sich dem innersten Kern seines Werkes und seiner Person anzunähern.

Sein Werk lässt sich um drei zentrale Bereiche bündeln, mit denen er sich seit Beginn seiner universitären Laufbahn immer wieder und in unterschiedlichen Kontexten beschäftigt hat und die im Zentrum seines wissenschaftlichen Wirkens lagen. Diese sind (a) die Demokratietheorien, dann (b) politische Parteien und schließlich (c) die Theorie der politischen Gesellschaft, wobei alles von der Frage nach den Möglichkeiten und Voraussetzungen einer kritischen Politikwissenschaft überwölbt wird. Alle drei Schwerpunkte werden mehr oder weniger stark durch sein kontingenztheoretisches Denken zusammen gehalten. Zwar hat er diese Ideen erst relativ spät, nämlich 1999 in seinem Buch „Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Deziision als Probleme des Regierens und der Demokratie“ (1999a) essayartig systematisiert und ausformuliert, aber die grundlegenden Prämissen finden sich bereits in seinen ganz frühen Schriften aus den siebziger Jahren. In den letzten fünf Jahren dagegen hat er sich statt mit politikwissenschaftlichen Theorien und Fragestellungen eher mit dem politischen Denken in spezifischen historischen Kon-

2 Eine vollständige Liste seiner Publikationen findet sich in seiner Festschrift zum 65. Geburtstag (Asbach et al. (Hg.) 2012).

texten und von jeweils spezifischen politischen AkteurInnen beschäftigt. Zu erwähnen sind hier vor allem sein Buch über das politische Denken in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik (2007a) und sein letztes Buch über das politische Denken der Systemopposition in den 1960er Jahren in der Bundesrepublik (2011b).

Seine ersten beiden Publikationen erschienen 1974 und hierbei handelte es sich um seine Dissertation über *Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse* (1974a) als auch um einen Aufsatz in der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, der aus seiner Dissertation hervorging (1974b). Der Kritik der Systemtheorie mit ihrer zentralen Kategorie des Überlebens (von Systemen) setzt er ein Denken entgegen, das sich an der Kategorie des *real Möglichen* orientiert und von hier aus die *gesellschaftsverändernden* Potentiale einer demokratischen Gesellschaft und einer demokratischen Praxis auslotet. Demokratie wird hier als ‚explizite Wertprämisse‘ eingeführt, die – entsprechend definiert – den Möglichkeitshorizont einer Gesellschaft hinsichtlich ihrer materiellen Ressourcen und ihrer Werte und Prinzipien ausleuchtet und das in ihr denkbar Mögliche reflektiert. Dieses denkbar Mögliche umfasst zwei Dimensionen. Erstere ist ein Konzept von ‚basic human needs‘ (1974a: 4046), die jedoch dezisionistisch und nicht universalistisch festgelegt werden müssen. Die zweite postuliert ein freies und selbstbestimmtes Handeln jenseits gesellschaftlich bedingter Entfremdung, um die Potenziale einer ‚kontingenten Zukunft‘ durch politische Praxis zu realisieren (1974a: 49). Aktive und kritische Partizipation sind hier die entsprechenden Instrumente und Demokratie bedeutet dann die ‚weitmöglichste Freiheit von irrationalen Zwängen, von Herrschaft also, die immer Herrschaft von Menschen, niemals von Sachen allein ist, allenfalls von in eindeutigem Herrschaftsverhältnis als unabänderliche ‚Sachzwänge‘ interpretierten Verhältnissen, die unabänderbar sind, sich als veränderbar erweisen, wenn sie einer kritischen Reflexion unterzogen werden, die ihre lediglich perspektivisch bedingte Unabänderlichkeit relativiert‘ (1974a: 37).

Unter einer solchen partizipativen und reflexiven Perspektive wird auch der Politikbegriff gedacht. Politik ist dann zunächst der Prozess der *Politisierung*, denn die (damalige) Gesellschaft ist durch die zunehmende Politisierung von Bereichen gekennzeichnet, die man bisher als unpolitisch betrachtete und nun als Bewusstwerdung längst bestehender Herrschaftsverhältnisse thematisiert werden. Interessant ist, dass sich Greven hier auf seinen Doktorvater Karl-Dietrich Bracher beruft (1974a: 51) und die politisierte Gesellschaft, die er später als ‚politische Gesellschaft‘ (1999a) ausformuliert, von ihm seinen Ausgangspunkt nimmt. Denn – so Bracher – ‚[e]s gibt in der modernen Demokratie wie auf anderer Seite in den totalitären Staaten keinen der Politik völlig entzogenen und entziehbaren Bereich‘ (Bracher 1964: 121). (Demokratische) Politik sollte sich von der Orientierung auf das politische System und auf elitistische Demokratiekonzepte lösen und auf alle Bereiche der Gesellschaft, in denen sich Herrschaft realisiert, ausgeweitet werden. *Individuelle Selbstbestimmung*, nicht Bestimmung anderer zur politischen Herrschaft, ist der Kern des Demokratieverständnisses, das von ihm zu Grunde gelegt wird. Und all das ist bei den von ihm untersuchten Autoren der Systemtheorie, konkret David Easton, Georg Klaus, Karl W. Deutsch und Amitai Etzioni, nicht vorhanden. Vielmehr hängen sie Stabilisierungs- und (aus organisistischen Theorien entlehnten) Überlebenskonzepten von Systemen nach, die bestehende Herrschaftsformen hypostasieren. Vor allem die grundlegende Prämisse des Überlebens von Systemen betrachtet er als Rechtfertigung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse, weil sich Überleben immer auf einen bestimmten, gleichwohl veränderbaren Zustand einer Gesellschaft bezieht, der so

ist, aber auch anders sein kann. Dass Michael Th. Greven den DDR-Kybernetiker Georg Klaus in die Liste der zu kritisierenden Autoren und nicht Niklas Luhmann aufgenommen hat, betrachtete er Zeit seines Lebens als großen strategischen Fehler. Er vermutete wohl, dass er dadurch mit seinem Buch aus der ‚großen‘ Habermas-Luhmann-Kontroverse der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts herausgefallen ist. Wie dem auch sei, in seiner Dissertation sind – wenn man das unter der Perspektive seiner späteren Schriften liest – bereits viele der zentralen Prämissen angedacht, die dann später in der *Politischen Gesellschaft* radikalisiert und zu einer *umfassenden Theorie* der modernen Gesellschaften verdichtet werden. Sie versteht sich durchaus als systematische Alternative zum theoretischen Paradigma der funktionalen Differenzierung der Systemtheorie ebenso wie der Habermas'schen Differenzierung in System- und Lebenswelt oder zur reflexiven Modernisierung der (an Ulrich Beck angelehnten) Soziologie.

Während seiner Zeit als Leiter und Sprecher des Arbeitskreises „Parteienforschung der DVPW“ sind daneben verschiedene Arbeiten zur Parteientheorie und zur Entwicklung des Parteiensystems in der BRD erschienen, die in der Disziplin für weniger Aufsehen gesorgt haben als seine demokratie- und kontingenztheoretischen Schriften. Seine Habilitation über *Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD* (1977) ist der Beginn des Nachdenkens über die politischen Parteien, wobei erneut die Setzung von Wertprämissen und erneut die der Demokratie zentral sind. Aber der Ton hat sich verschärft: Statt maximaler Realisierung der Demokratie ist nun die „sozialistische Demokratie“ die Wertprämisse, in der die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, vor allem das Privateigentum an den Produktionsmitteln, grundlegend verändert sind. Die Demokratie kann auch diese Herrschaftsverhältnisse auflösen und die sozialistische Demokratie – getragen durch die historisch-dialektische Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung – zur politisch möglichen Gesellschaftsform werden lassen (1977: bes. 23–30). Diese doch etwas geschichtsteleologische Sichtweise ist Ausdruck seiner marxistischen Radikalisierung, die sich insbesondere in diesem Buch, aber auch in anderen Werken zur Staatstheorie und Sozialpolitik dieser Zeit, niederschlägt (1975; 1980).

Seine Parteientheorie bleibt zunächst bei der Frage hängen, ob es eine allgemeine Theorie der politischen Parteien geben kann, und wenn, ja, welche Dimensionen eine solche Theorie abdecken müsste. Hierbei unterscheidet er (a) eine *genetische*, die Aussagen über die Entstehung und Entwicklung politischer Parteien formulieren kann, dann (b) eine *funktionale*, die sich nicht auf überhistorische funktionale Notwendigkeiten konzentriert, sondern auf die historisch variablen Differenzen zu anderen gesellschaftlichen und sozialen Institutionen und Organisationen und schließlich (c) eine *deskriptive*, die die faktischen Dynamiken und Interaktionen in den politischen Parteien, vor allem den Alltag ihrer Mitglieder, untersucht (1984). Eine inhaltliche Neubestimmung der Parteien in der politischen Gesellschaft wird aber zu Beginn der 1990er Jahre vorgenommen (1993a; 1993d; 2010a).

Die Parteien – so seine Prämisse – sind in der politischen Gesellschaft nicht wie in der traditionellen Parteientheorie beziehungsweise -forschung durch ihre Mittlerrolle zwischen Gesellschaft und Staat geprägt, auch nicht – im Gegensatz zu Interessengruppen – durch ihr Streben nach öffentlichen Ämtern. Das sind für ihn keine diskriminierenden Kriterien für Parteien, weil sie auch jenseits des Staates um Machtpositionen kämpfen und auch jenseits von elektoraler Maximierung um Anteile an öffentlichen Ämtern (zum Beispiel in Rundfunkanstalten, öffentlichen Unternehmen, Lottagesellschaften et cetera). Zudem versuchen auch andere Organisationen, etwa Gewerkschaften, Unternehmen, gro-

ße Konzerne, soziale Bewegungen, Kirchen et cetera einen entsprechenden Einfluss auf verbindliche Entscheidungen zu nehmen. Das Spezifikum von politischen Parteien besteht nun darin, dass sie zwar wie andere Organisationen auch auf die Entscheidungen über Werte und die Verteilung von Ressourcen Einfluss nehmen wollen, aber sich durch den Einsatz ihrer *Mittel* von allen anderen unterscheiden: durch das Privileg, „auf den institutionellen Kontext des Entscheidungshandelns und der Machtzuweisung selbst Einfluss nehmen zu können“ (1993a: 290). Es ist genau die Verfügbarkeit über diese Ressource beziehungsweise dieses strategisches Mittel, die sie historisch in eine solche *privilegierte Position* gebracht hat und von der aus sie die Erfolgsbedingungen anderer nach Macht strebender Gruppen massiv beeinflussen können. Dies schließt die Konkurrenz zwischen den Parteien nicht aus, sondern ein, weil die Möglichkeiten über diese strategischen Mittel zu verfügen, sich je nach Position im Parteiensystem sehr unterscheiden. Und ihre Machtposition, von der aus sie mit anderen gesellschaftlichen Gruppen um Einfluss auf Entscheidungen konkurrieren, hängt auch von der Ämterkumulation mittels Stimmen im Staat ab. Eine solche Perspektive ist in der Parteienforschung kaum weiter verfolgt worden und hat auch nicht zu entsprechenden Forschungen angeregt.

Dagegen ist seine Position, Parteien als spezifische Form von verstetigten Handlungszusammenhängen zu untersuchen, sie also als Organisation mit besonderen organisatorischen Ausprägungen zu begreifen, heute in der (vergleichenden) Parteienforschung und -theorie vorherrschend. Im deutschsprachigen Raum sind hier – um selektiv nur die wichtigsten zu nennen – die Arbeiten von Klaus von Beyme (1984; 2000) und Elmar Wiesendahl (1987; 2006) und im internationalen die von Richard S. Katz und Peter Mair (1995; 2003; vgl. Gunther et al. (Hg.) 2002) zu erwähnen, die sich auf genau die Struktur beziehungsweise den Wandel der organisationalen Architektur der Parteien konzentrieren. Aber dieser Strang im wissenschaftlichen Denken ist von ihm selbst nicht weiter vertieft worden (etwa in 1993d; 2010a). Die Ausnahme ist sein Essay über Parteimitglieder, der aus einem Forschungsprojekt entstanden war und nach dem überraschenden und vorzeitigen Weggang seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter wegen anderer beruflicher Perspektiven von ihm selbst (zu Ende) geschrieben wurde (1978a).

Am wichtigsten und einflussreichsten in der Disziplin sind sicherlich die Arbeiten zur politischen Gesellschaft, die Anfang der 1990er beginnen und ihren Abschluss mit dem Buch *Die politische Gesellschaft* finden (1999a). 1990 erschien in der inzwischen eingestellten Zeitschrift *Ethik und Sozialwissenschaft. Streitforum für Erziehungskultur* (was für ein Untertitel!) sein Aufsatz *Die politische Gesellschaft als Gegenstand der Politikwissenschaft* (1990). Auf diesen Essay, dem ein Bewerbungsvortrag für eine Soziologieprofessur in Bielefeld zu Grunde lag, haben dann etliche PolitikwissenschaftlerInnen mit zum Teil massiver Kritik (und manch grobem Unverständnis) reagiert, unter anderen Johannes Agnoli, Heinrich Bußhoff, Ulrich Druwe, Rolf Ebbinghaus, Jürgen Gebhardt, Gerhardt Göhler, Axel Görlitz, Bernd Löwe, Hannelore Schröder, Werner Patzelt, Bernhard Willms. Es ist interessant, diese Kritikpunkte heute erneut zu lesen, denn vieles, was damals kritisiert wurde, ist heute *common sense* in der Disziplin und würde keine so massive Kritik mehr hervorrufen. Wie dem auch sei, hier werden *in nuance* bereits alle zentralen Prämissen des späteren Buches formuliert und auch die damit verbundenen Aufgaben für eine kritische Politikwissenschaft, deren Neuorientierung er einfordert.

Was sind nun die zentralen Prämissen der politischen Gesellschaft? Als historisch beobachtbare und erst in der Moderne sich entwickelnde Gesellschaftsformation ist sie eine, in der

(a) „Politik virtuell total geworden [ist]. Nichts ist in ihr prinzipiell unpolitisch geblieben, keine eigenständigen Bereiche, Sphären oder Systeme existieren, deren Politisierung ausgeschlossen wäre, wenn sie nicht bereits politisch geworden sind. [...] Politisch-Sein [ist] zum entscheidenden Bestimmungsmerkmal, zum Wesen der heutigen Gesellschaften geworden, neben dem andere Qualitäten zurücktreten“ (1990: 223–224). Die politische Gesellschaft ist ein spezifischer Typus der Vergesellschaftung, der funktional und historisch einzigartig ist und die Politikwissenschaft hätte die Aufgabe, die „politisch gewordene Qualität der Vergesellschaftung“ (1990: 224) zu untersuchen. Unschwer erkennt man die Ausgangsprämisse seiner Dissertation wieder, die er von Bracher übernommen und nun radikalisiert und als charakteristisch für einen neuen Gesellschaftstypus betrachtet. Dieser Typus kann sowohl demokratische oder auch totalitäre Untertypen ausbilden, die aber beide das abstrakte Grundmerkmal der „Fundamentalpolitisierung“ (1990: 226–227; 1999: 54–60), teilen. In ihnen kann im Prinzip alles zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung und Entscheidung gemacht werden. Fundamentalpolitisierung ist nicht auf die tradierten Wege der Wahl angewiesen, obwohl das allgemeine Wahlrecht ein zentraler Mechanismus ist, sondern kann auch durch neue soziale Bewegungen, Proteste, Demonstrationen und Ähnliches geschehen und die Qualität dieser Politisierungspraxen hängt von der Qualität der politischen Meinungs- und Willensbildung ab. Aber auch totalitäre Regime können Fundamentalpolitisierungen durch inszenierte Massenbewegungen ohne demokratische Grundrechte in Gang setzen, wie die Geschichte des 20. Jahrhunderts überdeutlich gezeigt hat.

(b) Damit untrennbar verbunden ist die Prämisse, dass politische Gesellschaften, vor allem die des demokratisch-pluralistischen Typus, nicht mehr auf einem wie auch immer gearteten Grundkonsens aufsetzen, sondern dass alle zentralen Werte und auch die Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen politisch entschieden werden müssen. Alle Werte und alle Ungleichheiten erhalten ihre (relative) gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit allein durch ihre politische Entscheidbarkeit. Grundsätzlich ist keine andere Möglichkeit des Verbindlichmachens sichtbar, allein politische Entscheidungen vermögen dies, weil sie entweder anerkannt werden oder weil sie sich mit Macht oder legitimer physischer Gewaltansamkeit durchsetzen. Als Folge sind

(c) alle *Entscheidungen kontingent*, denn jede Entscheidung hätte auch anders ausfallen können. Es gibt keine allgemein anerkannten, universalistischen Gründe für diese oder gegen andere mögliche Entscheidungen, sondern sie sind das Ergebnis spezifischer, sich wandelbarer Macht-, Verhandlungs- oder Diskurskonstellationen und fallen deshalb so und nicht anders aus. Zudem können sie – trotz Pfadabhängigkeiten – jederzeit wieder teilweise oder ganz revidiert werden. Angesichts nicht übereinstimmender und konfligierender Wertorientierungen und Präferenzen von Einzelnen und Gruppen können verbindliche Entscheidungen diese Kontingenz nur temporär überwinden, weil sie allein aufgrund ihrer Legalität beziehungsweise ihrer Verfahren, aber nicht ihrer Richtigkeit oder Wahrheit gelten. Richtigkeit beziehungsweise Vernunft und Geltung fallen unwiderruflich auseinander (1999: 66–67). Und schließlich ist damit – das ist der am massivsten angegriffene Punkt – ein

(d) unhintergebarer *Dezisionismus* verbunden, der sich aus der Komplexität und der Herausgehobenheit des Entscheidens ergibt. Denn „weder im Bewusstsein der relevanten Akteure noch von der Sache her (gab) es jemals so viel zu entscheiden wie heute“ (1999:

61). Zudem erfolgt es unter hoher Komplexität, die rationale Entscheidungen faktisch verunmöglichen und sowohl die Entscheidenden wie auch die mitentscheidenden BürgerInnen vor unlösbare Probleme stellen. Willkürlichkeit ist unvermeidlich, weil man den Graben der Unsicherheit und des Nichtwissens bei jeder Entscheidung überspringen und sich festlegen muss. Zudem sind die Folgen politischer Entscheidungen nicht im Voraus zu bilanzieren, weil die Komplexität und Multikausalität aller sozialen und gesellschaftlichen Dynamiken weder durch Alltags- noch durch wissenschaftliches Wissen aufgehoben werden kann. Und schließlich ist das Widerstreben anderer politischer und nicht politischer Gruppierungen dafür verantwortlich, dass Entscheidungen keine Sach-, sondern eben politische Entscheidungen sind, weil sie sich erst im Kampf herauskristallisieren (1992). Politisches Entscheiden ist zwar darauf nicht zu reduzieren, aber man kann es heute ohne (demokratischen) Dezisionismus nicht mehr denken.<sup>3</sup> Daraus folgt für das

(e) *Verständnis von Politik*, dass es sich nicht auf die ‚offizielle‘ Politik des politischen Systems reduzieren lässt, sondern als „polyzentrische politische Entscheidungsstruktur“<sup>4</sup> gedacht wird, die nicht von einer oder der Regierung, sondern einer „Vielzahl von Quasiregierungen, die in einem interdependenten Zusammenhang stehen“ (1999a: 92), realisiert wird. Damit untrennbar verbunden ist die Vorstellung, dass die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften zwar empirische Realität ist, die Autopoiesis ihrer Teilsysteme dagegen eine theoretische Fiktion. Denn Politik kann „vermittels angedrohter oder ausgeübter Gewalt oder kommunikativem Zusammenwirken praktisch in alle gesellschaftlichen Bereiche intervenieren“ (1999a: 108). Interessant wird dann die Frage, warum und aufgrund welcher (Selektions-)Mechanismen Politik *nicht* in alle gesellschaftlichen Bereiche eingreift, obwohl sie es könnte. Politik setzt sich unter anderem durch Verfassung und Recht selbst Grenzen, die sie aber nur selbst errichten und deshalb auch jederzeit zerstören kann. Und Politik – so schlussfolgert er dann – ist „jene Form der gesellschaftlichen Selbstregulierung, die sich als Folge bewusst getroffener und in ihrer Reichweite definierter verbindlicher Entscheidungen ergibt“ (1999a: 69). Die Dichotomie von „politischer Steuerung“ und „gesellschaftlicher Selbstregulierung“ (Mayntz/Scharpf (Hg.) 1995) wird von ihm also nicht anerkannt, sondern durch einen Politikbegriff unterlaufen, der sich aus dem Paradigma der Fundamentalpolitisation ergibt.

Die gesamte Idee der politischen Gesellschaft wurde von ihm weder empirisch weiter fundiert noch wurden bestimmte Prämissen systematisch präzisiert, aber die Grundideen sind von ihm immer wieder und an verschiedenen Stellen ins Spiel gebracht worden. Seinen Niederschlag hat dies auch in seinem Denken über die (moderne) Demokratie in der politischen Gesellschaft gefunden. So wie die politische Gesellschaft eine historisch-kontingente Erscheinung ist, ist es auch die Demokratie und deshalb hat er allen universalistischen und normativen Demokratiekonzepten eine große Skepsis entgegengebracht. Die (moderne) Demokratie ist bei ihm aus drei systematischen Gründen kontingent und deshalb grundlegend verletzlich und bedroht:

- 3 Zum Dezisionismus als eigenständigem Typus des politischen Handelns vergleiche auch Bolsinger (1998).
- 4 Es ist interessant, dass Michael Th. Greven diese Idee nie spezifiziert oder auf die einschlägige Literatur zurückgegriffen hat; dabei wären die Arbeiten der politikwissenschaftlichen Nobelpreisträgerin für Wirtschaftswissenschaften und bisher einzigen Frau, Elinor Ostrom, geradezu prädestiniert, die sich Zeit ihres Lebens mit genau diesem Regierungstypus, der „polycentric governance“, theoretisch wie empirisch beschäftigt hat (Ostrom 1990; 2008; 2010).

(a) Die moderne, repräsentative Demokratie ist zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt entstanden und unterscheidet sich strukturell von allen anderen Demokratieformen, die ihr historisch vorausgingen.<sup>5</sup> Sie hat sich – wie alle menschlichen Einrichtungen und Institutionen – unter sich wandelnden historischen Umständen und einer spezifischen Macht- beziehungsweise Herrschaftskonstellationen herausgebildet und ist deshalb nicht für die Ewigkeit geschaffen, sondern kann prekär werden oder als spezifische Form der Selbstregierung verschwinden. Entweder durch evolutionäre Transformation, indem grundlegende Prinzipien langsam unterwandert oder verschoben werden oder durch die Machtergreifung einer autoritären Clique, weil dies durch Politik immer im Horizont des Möglichen, wenn auch nicht Wahrscheinlichen verbleibt.

(b) Weil politische Gesellschaften eben politische Gesellschaften sind, ist die Demokratie – konkret ihr institutioneller Bestand beziehungsweise ihre vorinstitutionellen Grundlagen ebenso wie deren demokratische Qualität – von politischen Entscheidungen abhängig. Demokratien sind das Ergebnis von Politik *und* zugleich die GestalterInnen der Politik. Weil moderne Demokratien auf keinem vopolitischen oder übergreifendem Konsens aufsitzen, aus dem heraus sie bewahrt werden können, sind sie nicht nur in (häufig bewaffneten) Kämpfen entstanden, sondern auch in ihrer Praxis umkämpft und also auch immer gefährdet.<sup>6</sup> Und wie sie sich nicht aus Konsensen oder Traditionen heraus rechtfertigen können, so können sie es auch nicht durch die ins Spiel gebrachte Output-Legitimität, also ihre faktische und empirisch beobachtbare Leistungsfähigkeit. Denn ihre Policy-Entscheidungen sind oft nicht nur subrational, sondern können soziale Ungleichheit verschärfen und bestimmte Gruppen dauerhaft und sichtbar auf Kosten anderer bevorzugen, so dass sich hieraus keine robuste Selbstlegitimation ergeben kann. Ihr *einzigster* stabilisierender Mechanismus sind eben kontingente politische Entscheidungen und ihre Qualität beziehungsweise ihr Bestand ist erneut abhängig von der Politik, konkret einer Politik der Demokratisierung. Und umgekehrt kann sich die Demokratie durch undemokratische Politik selbst gefährden, wie man gegenwärtig in Ungarn unter Ministerpräsident Victor Orban beziehungsweise verschärft in Rumänien unter Premier Victor Ponta beobachten kann: Demokratisch gewählte und legitimierte Regierungen beginnen systematisch, die Rechte der Opposition, des Staatspräsidenten, der Verfassungsgerichte, der Medien, der BürgerInnen und anderer Kontrollinstanzen abzuschaffen, um sich an der Macht zu halten und werden hierbei von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt.

(c) Und schließlich sind Demokratien mit dem ‚Sartori-Paradox‘ konfrontiert, eine Denkfigur, die er aus G. Sartoris Demokratietheorie übernommen hat (Sartori 1992: 23). Demokratien sind hochkomplexe und voraussetzungsvolle Formen der *Selbst*regierung des Volkes, weil das Volk vor allem Autor und nicht nur Adressat von Gesetzen ist. Dies setzt erhebliche kognitive, normative, emotionale und performative Kompetenzen voraus,

---

5 Bernard Manin hat – neben anderen – im Detail nachgewiesen, dass die repräsentative Regierung als expliziter Gegenentwurf zur antiken Demokratie entstanden ist, die weit mehr auf dem Losverfahren als auf der Wahl von politischen und verantwortlichen RepräsentantInnen beruhte und auch sonst über sehr anders gelagerte Verfahren und Institutionen betrieben wurde (Manin 1997; vgl. auch Buchstein 2009).

6 „Democracy in a political society cannot result from any pre-political consensus, nor can it, in the long run, remain ‚legitimate by tradition‘. It must be continually reinforced as an integral part of the political decision-making process. Such reinforcement would take into account the normative and attitudinal changes at the level of the citizens and gradually transform its normative and constitutional settings.“ (1994c: 36)

die von den DurchschnittsbürgerInnen erfüllt werden müssen. Wenn aber politische Entscheidungsprozesse auf diesen Voraussetzungen nicht mehr aufbauen können, sondern diese Kompetenzen überschreiten, dann wird Demokratie prekär, weil der Wissensstand der BürgerInnen hinter der Komplexität der Entscheidungsverfahren zurückbleibt. Politische Beteiligung *und* politische Kontrolle werden dann schwierig oder gar unmöglich, wenn die ‚Demokratiequalität‘ der StaatsbürgerInnen abnimmt. Innerstaatliche politische Willensbildung erweist sich als Illusion, wenn der normativ-konstitutive Zusammenhang von individueller und kollektiver Autonomie und Selbstbestimmung problematisch wird (vgl. auch 2009b; 2009c). Allein politische Bildung kann diesem Dilemma der Steigerung der Komplexität des Entscheidens, wie dies vor allem in den transnationalen und internationalen Organisationen und Institutionen zum Ausdruck kommt, und der gleichzeitigen stagnierenden oder abnehmenden Kompetenzen der BürgerInnen entgegenwirken (1999: bes. 221–232; 1996a; 2004a).

Das Kontingentwerden der Demokratie, stärker: die Gefährdungen der Demokratie macht er an verschiedenen Punkten fest, die hier nur kurz umrissen werden. Zunächst an der (a) *Komplexität* und den *Interdependenzen* der heutigen nationalen wie trans- und internationalen Politik, die auch die Fachleute aus Politik und Wissenschaft kaum noch durchschauen, geschweige denn die ‚NormalbürgerInnen‘, mit denen die Demokratie rechnen muss. Damit entfernt sich die Wirklichkeit von jenen idealtypischen Prämissen, von denen die Demokratie lebt. Zudem treten (b) neben formale Politikprozesse zunehmend *informelle Parallelstrukturen*, in denen sich politische Entscheidungen faktisch vollziehen und die formalen zu Nebeninstitutionen degradieren (2003: 83; 2005c). Diese sind nicht nur notorisch intransparent, sondern können auch im demokratietheoretischen Sinne nicht durch Wahlen und politische Verantwortlichkeit kontrolliert werden. Zudem agieren (c) in *Netzwerken* und *Governancestrukturen* AkteurInnen ohne politisches Mandat oder mittels Selbstmandatierung, die nicht auf demokratischer Wahl nach dem Prinzip der politischen Gleichheit beruhen. *The rise of the unelected* (Vibert 2007) ist ein Phänomen, das sich nicht nur im europäischen Mehrebenensystem, sondern auch auf nationaler und globaler Ebene vollzieht und zu den empirischen beobachtbaren Formen dieses Entscheidens gehört.

Die Frage stellt sich, ob das kumulative Ergebnis des hier angedeuteten Wandels der Demokratie noch dieselbe ‚Demokratie‘ ist wie zu Beginn der Moderne, in der ihre Grundideen, Prinzipien und institutionellen Ausprägungen entstanden sind. Denn es kann durchaus sein, dass der Wandel sich nicht mehr innerhalb des konstanten Gerüsts der normativen und institutionellen Prämissen der modernen Demokratie vollzieht, „sondern als *Wandel der Demokratie zu etwas Neuem*, bisher nur unzureichend auf den Begriff zu Bringendem“ (2009b: 68; Hervorhebung im Original).

Quer durch diese drei zentralen Punkte läuft die Frage nach der Politik beziehungsweise dem angemessenen Politikverständnis, das in dem Buch *Die politische Gesellschaft* bereits angedacht, aber in verschiedenen Schriften weiter präzisiert und ausgebaut wurde. Seine Kritik galt sowohl den funktionalistisch als finalistisch verkürzten Politikbegriffen (2000). Erstere reduzieren Politik auf ihren funktionalen Beitrag zur Stabilisierung bzw. Reproduktion von Gesellschaften und enthistorisieren die Politik, während letztere Position sie auf rationale oder problemlösende Entscheidungen fokussiert und so zu einer „Betriebswirtschaft der Politik“ (2000: 32) wird. Hier stehen vor allem die rationalistischen oder steuerungstheoretisch inspirierten, policy-analytischen Konzepte bzw. Theo-

rien im Mittelpunkt seiner Kritik (2008; 2009a). Politik aber – so seine Vermutung – hat es zwar (ausnahmsweise) auch mit Problemlösungen und dem Kampf um Anteile an Macht zu tun; ja, der Machtbegriff ist zentral für ein angemessenes Verständnis von Politik. Macht aber – so seine Pointe – verweist auf einen „unreduzierbar kontingenten Charakter. Denn wer nach ‚Macht‘ strebt, der sucht die Möglichkeit, Ziele zu verwirklichen, und wer sie in einer bestimmten Konstellation ‚besitzt‘ – ein eigentlich unzureichender sprachlicher Ausdruck –, dessen Möglichkeit, Ziele zu verwirklichen, hat sich erweitert“ (2000a: 36). Die unreduzierbare Pluralität der Absichten und Ziele in modernen Gesellschaften, die nie vollständig zu verwirklichenden Ziele, die am Widerstreben anderer abgeschliffen und verändert werden, die fehlenden ‚guten‘ Gründe und das mangelnde Wissen für diese und gegen jene Entscheidung produziert jene Kontingenz, die für Politik charakteristisch ist.

Die Demokratie ist diejenige politische Form, die der Kontingenz der Politik angemessen ist, weil der prinzipielle Relativismus der Politikinhalte hier zur Geltung kommen und zugleich durch institutionelle und andere Mechanismen der Selbstbeschränkung in Grenzen gehalten wird (1995a). Allein solche selbstinduzierten „Fesseln und Bremsen“ (Offe) relativieren die im Prinzip grenzenlose Politisierbarkeit in politischen Gesellschaften, die gleichwohl durch Politik umgestoßen werden können. Und Konsens oder diskursiv ermittelte Übereinstimmung sind die Ausnahme, aber nicht die Regel bei politischen Entscheidungen in der politischen Gesellschaft. Neben funktionalistischen und finalistischen Politikverständnissen betrachtet er auch deliberative als „Entpolitisierung“, weil deliberativ-diskursive Verfahren eine „Vermutung der Vernünftigkeit“ (Habermas 1992: 368) beziehungsweise der universalistischen Richtigkeit unterstellen, die aber das prinzipielle Auseinanderfallen von Richtigkeit beziehungsweise Vernünftigkeit und (Mehrheits-)Entscheidung in modernen demokratischen Gesellschaften übersieht (2010b: bes. 78–79). Universale Vernünftigkeiten aber unterliegen der Illusion, dass der grundlegend plurale und agonale Charakter der Politik durch einen argumentativen beziehungsweise vernunftbasierten Konsens ersetzt werden kann.

Politik wird von ihm, in Anlehnung an die ideengeschichtlichen Untersuchungen und die Weber-Interpretation des finnischen Politologen Kari Palonen (Palonen 1985; 1998; 2006), vor allem als Chancenbeschaffung begriffen, von der ausgehend sich dann kontingente politische Optionen realisieren lassen – erneut je nach den Chancen im politischen Prozess (1999a; 2000a;). Politik ist dann weder zielgerichtet politische Steuerung noch rationale Problemlösung noch sich autopoietisch vollziehende Selbstreferentialität noch diskursiv ermittelte Wahrheit, sondern ein kontingenter Kampf um die Möglichkeiten, die sich im politischen Wettbewerb eröffnen. Und diese Möglichkeiten sind im Prinzip unbegrenzt, denn Politik kann (fast) alles, weil sie mit dem Monopol der physischen Gewalt-samkeit in der Hinterhand (fast) alle Regeln brechen, aber auch neue setzen kann. Diese Ambivalenz macht den Kern der Politik in der politischen Gesellschaft aus.

Für eine *kritische Politikwissenschaft*, die sich nicht durch neue Methoden oder neue theoretische Inhalte, sondern eher durch spezifische Erkenntnisinteressen und methodologische und erkenntnistheoretische Hintergrundannahmen vom *mainstream* der Disziplin unterscheidet, sind vier Elemente konstitutiv.<sup>7</sup> Sie muss zunächst (a) *Wirklichkeitswissenschaft* sein, die in der Lage ist, eine gegebene historische Situation empirisch zu analysieren, die aber allein als historisch-kontingente Situation zu denken ist und immer einen

7 Vergleiche dazu, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, (1991; 1994a 1994b; 2004c; 2006).

Möglichkeitshorizont einschließt, der mit der gegenwärtig beobachtbaren und analysierbaren Wirklichkeit gegeben ist. Die wirklichkeitswissenschaftliche Analyse der „realen Bewegung“ (Marx), also der tatsächlich ablaufenden Veränderungs- und Entwicklungsprozesse der Gesellschaft und ihrer Politik, ist für ihn zentral und auch – manchmal explizit, manchmal implizit – gegen normative Theorien gerichtet, die nicht nach dem Möglichkeitshorizonten ihrer Theorien fragen.

Damit unmittelbar verbunden ist (b) die Vorstellung der radikalen *Kontingenz aller Begriffe* und Konzepte, mit denen die Disziplin arbeitet. Dies gilt insbesondere für alle ihre grundlegenden Begriffe, wie etwa für Demokratie. Alle Institutionen, Organisationen, Werte und Regimeformen haben eine ‚Geschichte‘, sie entstehen unter bestimmten Bedingungen, bleiben unter anderen wiederum relativ dauerhaft und vergehen unter wieder anderen. Zentral ist also die *Historisierung* ihrer Gegenstände, was auch eine spezifische, nämlich offene Vorstellung von Zukunft einschließt, inklusive radikaler Wenden und Umbrüche in der Gegenwart zur kontingenten Gestaltung der Zukunft.

Zudem muss sie (c) wegen ihres komplexen und mehrdimensionalen Politikbegriffs für *Herrschaftskritik* sensibel sein. Neben dem Gedanken der Emanzipation und der freien Selbstbestimmung als normative Wertprämissen setzt sie nicht ausschließlich auf eine gouvernementale Perspektive der Steuerung oder Problemlösung, sondern fragt nach den Potentialen der Partizipation und Teilhabe an politischen wie gesellschaftlichen Prozessen. Dies gerade dann, wenn wie in politischen Gesellschaft alles von politischen Entscheidungen abhängig ist, von der materiellen Umverteilung über die Zuordnung von Werten bis hin zu Entscheidungen über Leben oder Tod (wie bei Grundfragen der Medizin oder bei Militäreinsätzen).

Und schließlich muss sie (d) ihre Einzelanalysen auf die *zentralen Fragen der Disziplin*, also auf die nach der Politik und dem Politischen in einer gegebenen gesellschaftlich-historischen Situation, rückbeziehen. Eine Politikwissenschaft, die nicht mehr nach der Qualität und den Formen der Politik fragt, sondern sich in professionell durchgeführte, aber fragmentierte Einzeluntersuchungen verliert, geht nicht nur ihrer theoretischen Identität verlustig, sondern büßt auch ihre mögliche praktische Relevanz ein (bes. 1991: 241–243). Und ohne eine sie ergänzende Gesellschaftstheorie, die nach dem Stellenwert und den Rahmenbedingungen von Politik und dem Politischen fragt, kann sie keine angemessene theoretische wie praktische Bedeutung erlangen. So könnte sich eine kritische Politikwissenschaft definieren, die sich von dogmatischen politökonomischen Ansätzen marxistischer Provenienz ebenso absetzen würde wie von funktionalistischen, finalistischen oder deliberativen, in denen der konstitutive Bezug auf einen komplexen und realistischen Politikbegriff fehlt.

Könnte man hinter diesem Denken eine motivbildende Grundintuition vermuten? Der Versuch, hinter dem Geschriebenen und Gesprochenem eine solche zu suchen, hat stets etwas Indiskretes, ja Aufdringliches an sich, vor allem dann, wenn sich die Person nicht mehr in direkter Kommunikation zur Wehr setzen kann. Aber die Grundintuition seines wissenschaftlichen Werkes und seines politischen Wirkens, angefangen in der Humanistischen Union, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie bis hin zur erfolgreichen Kampagne zur Verhinderung der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Wladimir Putin durch die Hamburger Universität,<sup>8</sup> lässt sich möglicherweise als *Sorge um die Demokratie* fassen. Aber vielleicht ist es auch eine ganz andere.

8 Dass dies keine vollständige Aufzählung seiner politischen Tätigkeiten sein kann, versteht sich von selbst!

## Literaturverzeichnis:

- Asbach, Olaf / Rieke Schäfer / Veith Selk / Alexander Weiß, 2012 (Hg.). Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft. Festschrift für Michael Th. Greven zum 65. Geburtstag, Wiesbaden.
- Beyme, Klaus von, 2000: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Opladen.
- Beyme, Klaus von, 1984: Parteien in den westlichen Demokratien, München.
- Bolsinger, Eckard, 1998: Was ist Dezisionismus? Rekonstruktion eines autonomen Typus politischer Theorie. In: Politische Vierteljahresschrift 39, 471–502.
- Bracher, Karl-Dietrich, 1964: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur. Beiträge zur neueren Politik und Geschichte, Bern / München.
- Buchstein, Hubertus, 2009: Demokratie und Lotterie: Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU, Frankfurt (am Main) / New York.
- Greven, Michael Th., 1974a: Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse. Kritik der Werte und Erkenntnismöglichkeiten in Gesellschaftsmodellen der kybernetischen Systemtheorie, Darmstadt / Neuwied.
- 1974b: Zur Konstitutionsproblematik politischer Theorie – am Beispiel der kybernetischen Systemtheorie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1, 50–74.
- 1975: Zur Kritik der theoretisch-methodischen und inhaltlichen Marx-Lenin-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap-Theorie). In: Ders. / Bernd Guggenberger / Johano Strasser (Hg.), Krise des Staates? Zur Funktionsbestimmung des Staates im Spätkapitalismus, Darmstadt / Neuwied, 105–172.
- 1977: Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD, Meisenheim (Glan).
- 1978a: Parteimitglieder. Ein empirischer Essay über das politische Alltagsbewußtsein in Parteien, Opladen.
- 1978b: Zur Soziogenese und Gestalt von Theorien der Reform. In: Martin Greiffenhagen (Hg.), Zur Theorie der Reform, Heidelberg / Karlsruhe, 35–56.
- 1980: Soziale Probleme und politische Antworten – Sozialpolitische Konzeptionen und Konflikte der 70er Jahre. In: Ders. / Rainer Prätorius / Theo Schiller (Hg.), Sozialstaat und Sozialpolitik. Krise und Perspektiven, Neuwied / Darmstadt, 91–196.
- 1982: Collected Essays on History and Policy of Science. In: Technology and Development Studies, New Delhi.
- 1984: Prolegomena zu einer allgemeinen Theorie der Parteien und Parteiensysteme. In: Ders./ Jürgen Falter / Christain Fenner (Hg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.– 13. Oktober in Mannheim, Opladen, 52–60.
- 1986: Über Institutionalisierung, verbleibende Kontingenz und mögliche Freiheit. In: Gerhard Göhler (Hg.), Grundfragen der Theorie politischer Institutionen, Opladen, 98–106.
- 1987a: Die „Professionalisierung“ der Politologen zwischen gesellschaftlichem Bedarf und verwertungsorientiertem Interesse. In: Hans-Hermann Hartwich (Hg.), Politikwissenschaft. Lehre und Studium zwischen Professionalisierung und Wissenschaftsimmanenz, Opladen, 185–202.
- 1987b: Power and Communication in Habermas and Luhmann – A Critique of Communicative Reductionism. In: Bhikhu Parekh / Thomas Pantham (Hg.), Political Discourse. Explorations in Indian and Western Political Thought, New Delhi, 179–193.
- 1988: Zur Kritik der Bewegungswissenschaft. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4, 51–60.
- 1990: Die politische Gesellschaft als Gegenstand der Politikwissenschaft. Die politische Gesellschaft - was sonst? In: Ethik und Sozialwissenschaften 2/1990: 223–228 und 255–261.
- 1991: Was ist aus den Ansprüchen einer kritisch-emanzipatorischen Politikwissenschaft vom Ende der 60er Jahre geworden? Eine Skizze des Paradigmas und seines Scheiterns. In: Göhler, Gerhard / Zeuner, Bodo (Hg.), Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, 221–246. Baden-Baden: Nomos.
- 1992: Über demokratischen Dezisionismus. In: Dieter Emig / Christoph Hüttig / Lutz Raphael (Hg.), Sprache und Politische Kultur in der Demokratie. Hans Gerd Schumann zum Gedenken, Frankfurt (Main), 193–206.

- 1993: Die Parteien in der politischen Gesellschaft sowie eine Einleitung zur Diskussion über eine „allgemeine Parteientheorie“. In: Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen, 276–292.
- 1993a: Ist die Demokratie modern? Zur Rationalitätskrise der politischen Gesellschaft. In: Politische Vierteljahresschrift 3, 399–413.
- 1993b: Ohne festen Grund. Die politische Gesellschaft als Freiheit und Zwang zur Entscheidung. Vorgänge 3, 54–60.
- 1993c: Zur Rolle der Parteien in der bundesrepublikanischen politischen Gesellschaft. Vorgänge 32, 73–78.
- 1994a: Die Allgegenwart des Politischen und die Randständigkeit der Politikwissenschaft. In: Claus Leggewie (Hg.), Wozu Politikwissenschaft?, Darmstadt, 285–296.
- 1994b: Kritische Theorie und historische Politik. Theoriegeschichtliche Beiträge zur gegenwärtigen Gesellschaft, Opladen.
- 1994c: The Pluralization of Political Societies: Can Democracy Persist? In: Adolf Bibic / Gigi Graziano (Hg.), Civil Society, Political Society, Democracy, Lubljana, 17–41.
- 1995a: Fesseln und Bremsen – bei Montesquieu. In: Peter Nahamowitz / Stefan Breuer (Hg.), Politik – Verfassung – Gesellschaft. Traditionslinien und Perspektiven, Baden-Baden, 69–81.
- 1995b: Die Pluralisierung politischer Gesellschaften: Kann die Demokratie bestehen? In: Thomas Jäger / Dieter Hoffmann (Hg.), Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie, Opladen, 257–281.
- 1996a: Die politische Gesellschaft braucht politische Bildung. In: Dorothea Weidinger (Hg.), Politische Bildung in der Bundesrepublik, Opladen, 112–117.
- 1996b: Universitätsreform auf leisen Sohlen. Über Haushaltsglobalisierung und politischen Steuerungsverzicht. In: Vorgänge 35, 77–87.
- 1997a: Karl Mannheim und das Problem der Demokratie im „Massenzeitalter“. In: Carsten Schlüter-Knauer (Hg.), Die Demokratie überdenken, Berlin, 15–37.
- 1997b: Politisierung ohne Citoyens. Über die Kluft zwischen politischer Gesellschaft und gesellschaftlicher Individualisierung. In: Ansgar Klein / Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Bonn, 231–251.
- 1999a: Die fehlende Demokratietheorie der Kritischen Theorie. In: Wolfgang Merkel / Andreas Busch (Hg.), Demokratie in Ost und West, Frankfurt (Main), 73–89.
- 1999b: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezsion als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen.
- 2000a: Kontingenz und Dezsion. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft, Opladen.
- 2000b: Politikwissenschaft – ein Fach ohne Disziplin. In: Christiane Funken (Hg.), Soziologischer Eigensinn. Zur „Disziplinierung“ der Sozialwissenschaften, Opladen, 165–176.
- 2000c: Universitätskrise und Universitätspolitik in Zeiten populistischer Demokratie. In: Wolfgang Leidhold (Hg.), Politik und Politeia. Formen und Probleme politischer Ordnung, Würzburg, 259–313.
- 2001a: Carl Schmitt. Der Begriff des Politischen. In: Sven Papke / Georg W. Oesterdiekhoff (Hg.), Schlüsselwerke der Soziologie, Opladen, 430–433.
- 2001b: Luhmanns „Politik“ im Banne des Systemzwangs der Theorie. In: Alex Demirovic (Hg.), Komplexität und Emanzipation, Münster, 197–215.
- 2003: Sind Demokratien reformierbar? Bedarf, Bedingungen und normative Orientierungen für eine Demokratiereform. In: Claus Offe (Hg.), Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt (Main) / New York, 72–91.
- 2004a: Politische Bildung in der demokratischen politischen Gesellschaft. In: Gerhard Himmelmann / Dirk Lange (Hg.), Demokratie in Fachwissenschaft, Pädagogik und Didaktik des Politikunterrichts, Oldenburg, 9–14.
- 2004b: Was bewegt sich in sozialen Bewegungen? Bewegungsmetaphorik und politisches Handeln. In: Gerhard Klein (Hg.), Bewegung. Sozial- und Kulturgeschichtliche Konzepte, Bielefeld, 217–237.
- 2004c: Zur Situation der Politikwissenschaft in Deutschland – gegen einseitigen Alarmismus und für eine komplexere Selbstverständigungsdebatte der Disziplin. Politikwissenschaft (Rundbrief der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft) 131, 141–158.

- 2005a: „Bedroht der Kapitalismus die Demokratie?“ Einige Überlegungen in historischer und globaler Perspektive. In: Christian Fenner (Hg.), *Bedroht Kapitalismus Demokratie*, Leipzig, 57–88.
- 2005b: Politik als Ursprung theoretischen Denkens. Zur intellektuellen Grundintuition von Jürgen Habermas. In: *Vorgänge* 3/4, 152–165.
- 2005c: The Informalization of Transnational Governance: A Threat to Democratic Government. In: Edgar Grande / Louis W. Pauly (Hg.), *Complex Sovereignty. Reconstituting Political Authority in the Twenty-first Century*, Toronto, 261–284.
- 2006: Aktualität und Bedeutung einer kritischen Politikwissenschaft nebst Bemerkungen zur Pluralismustheorie. In: Rainer Eisfeld, (Hg.), *Streitbare Wissenschaft. Studien zur Demokratisierung, politischen Kultur und wissenschaftlichen Verantwortung*, Baden-Baden, 7–16.
- 2007a: Politisches Denken in Deutschland nach 1945. Erfahrung und Umgang mit der Kontingenz in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Opladen / Farmington Hills.
- 2007b: Some Considerations on Participation in Participatory Governance. In: Beate Kohler-Koch / Berthold Rittberger (Hg.), *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*, Lanham, 233–248.
- 2008: „Politik“ als Problemlösung und als vernachlässigte Problemursache. Anmerkungen zum Verhältnis zwischen Policy-Forschung und einem verändertem Reformverständnis. In *Gesellschaft und Politikwissenschaft*. In: Klaus-Dieter Wolf (Hg.), *Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform?*, Baden-Baden, 329–339.
- 2009a: Deutsche Policy-Forschung aus kritischer Perspektive. In: Klaus Schubert / Nils Bandelow (Hg.), *Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0*, München, 457–473.
- 2009b: War die Demokratie jemals „modern“? Oder: Des Kaisers neue Kleider. In: *Berliner Debatte Initial* 3, 67–73.
- 2009c: Zukunft oder Erosion der Demokratie? In: Hanna Kaspar et al. (Hg.), *Politik – Wissenschaft – Medien*, Wiesbaden, 411–428.
- 2010a: Sind Parteien in der Politik alternativlos oder ist ihre Rolle historisch begrenzt? Die Parteienforschung angesichts von „Globalisierung“, „Transnationalisierung“ und „Europäisierung“. In: David Gehne / Tim Spier (Hg.), *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie?*, Wiesbaden, 225–235.
- 2010b: Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung. In: Thomas Bedorf / Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*, Frankfurt (Main), 68–88.
- 2011a: Ist Systemopposition heute noch möglich? In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 2, 85–96.
- 2011b: Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre, Opladen / Farmington Hills.
- Greven, Michael Th. / Koop, Dieter, 1993: *War der wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft*. Opladen.
- Gunther, Richard / Montero, José Ramón / Linz, Juan, 2002 (Hg.): *Political Parties. Old Concepts and New Challenges*, Oxford.
- Habermas, Jürgen, 1992: *Faktizität und Geltung*, Frankfurt (Main).
- Katz, Richard / Mair, Peter, 1995: Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party. In: *Party Politics* 1, 5–28.
- Katz, Richard / Mair, Peter, 2009: The Cartel Party Thesis: A Restatement. In: *Perspectives on Politics* 7, 753–766.
- Manin, Bernard, 1997: *The Principles of Representative Government*, Oxford.
- Mayntz, Renate / Scharpf, Fritz W., 1995 (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt (Main) / New York.
- Ostrom, Elinor, 1990: *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*, New York / Cambridge.
- Ostrom, Elinor, 2008: Polycentric Systems as one Approach for Solving Collective-Action Problems. In: M. A. Mohammed Salih (Hg.), *Climate Change and Sustainable Development: New Challenges for Poverty Reduction*, Cheltenham, 17–35.
- Ostrom, Elinor, 2010: Beyond Markets and States: Polycentric Governance of Complex Economic Systems. In: *American Economic Review* 100, 641–672.

- 
- Palonen, Kari, 1985: Politik als Handlungsbegriff. Horizontwandel des Politikbegriffs in Deutschland 1890 bis 1933, Helsinki.
- Palonen, Kari, 1998: Das ‚Webersche Moment‘. Zur Kontingenz des Politischen, Opladen.
- Palonen, Kari, 2006: The Struggle with Time. A Conceptual History of ‚Politics‘ as an Activity, Münster.
- Schaal, Gary S. / Neumann, Arianne, 2011: Drei Wege zur Systemopposition. Kommentar zu Ist Systemopposition heute noch möglich?. In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 223-230.
- Vibert, Frank, 2007: The Rise of the Unelected: Democracy and the New Separation of Powers, Cambridge.
- Wiesendahl, Elmar, 1998: Parteien in Perspektive, Opladen.
- Wiesendahl, Elmar, 2006: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden.